



- solidarisch • kritisch
- überparteilich • unabhängig
- nachhaltig • visionär
- lokal • global

Jahresbericht 2017

Gründung der zivilgesellschaftlichen Plattform **SDG Watch Austria**



© Nina Oberleitner/Okoburo

Gemeinsam mit mehr als 80 zivilgesellschaftlichen Organisationen gründete die AG Globale Verantwortung die Plattform *SDG Watch Austria*, um die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.



MMag.ª Helene
Unterguggenberger

Der Dachverband AG Globale Verantwortung mit seinen 35 Mitgliedsorganisationen ist eine kritische und erfahrene Stimme für die Anliegen der Menschen, denen österreichische Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zugutekommt. Im Brennpunkt der Humanitären Hilfe war 2017 besonders die akute Dürrekrise in den ostafrikanischen Ländern wie Äthiopien, Kenia, Südsudan und Uganda. Diese Krise hat gezeigt, dass der Auslandskatastrophenfonds (AKF) durch die österreichische Bundesregierung unbedingt weiter aufgestockt werden muss, so wie im Regierungsübereinkommen ja auch ursprünglich vorgesehen. Humanitäre Hilfe ist notwendig, damit Menschen auf der Flucht oder in Katastrophensituationen versorgt werden können und eine Chance haben, wieder in ihre Dörfer zurückkehren zu können. Und das macht auch Sinn: Von den 65 Millionen Flüchtlingen weltweit leben 84 Prozent in oft benachbarten Entwicklungsländern. Hilfe vor Ort sichert

Überleben, Hilfe vor Ort schenkt Zukunftsperspektiven. Leider ist die Realität eine andere: Der AKF wurde auf 15 Millionen Euro jährlich gekürzt, bei Bedarf soll er auf das für Österreich trotzdem beschämende Niveau von 20 Millionen aufgestockt werden können. Beim AKF zu sparen ist äußerst kurzsichtig: In unserer komplexen, oftmals unübersichtlichen Welt mit immer größeren Herausforderungen wie Kriegen, Hunger und den Folgen der Klimaerhitzung ist dieses Handeln schlicht nicht nachvollziehbar. Wir müssen Verantwortung füreinander übernehmen. Es ist klar, dass wir in einer Welt leben und kein Staat eine Insel ist, schon gar nicht das kleine Österreich. Daher muss auch das offizielle Österreich Menschen in Katastrophensituationen und Menschen, die von Flucht, Armut und Hunger betroffen sind, entschlossen zur Seite stehen. Dies gilt in besonderem Maße für die sogenannten *Least Developed Countries* (LDCs), die meisten von ihnen in Afrika südlich der Sahara. Die AG Globale Verantwortung

setzt sich daher vehement für einen Zukunftspakt mit Afrika ein, der verstärkte Investitionen in Rechtsstaatlichkeit, in Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft sowie in den Aufbau eines funktionierenden Privatsektors nach sich ziehen soll.

Abschließend möchte ich mich bei allen Vorstandsmitgliedern für die sehr konstruktive Zusammenarbeit, beim Team der AG Globale Verantwortung für seinen engagierten Einsatz und bei allen Mitgliedsorganisationen ganz herzlich bedanken.



Mag.ª Annelies Vilim

Das Jahr 2017 war geprägt von einem lange andauernden Nationalratswahlkampf, in dem populistische Verkürzungen überwogen. Gleichzeitig sank laut OECD 2017 die *Official Development Assistance* (ODA-Quote) Österreichs um mehr als ein Viertel. Diese Quote gibt an, wieviel ein Staat für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellt. Sie betrug 2017 nur mehr 0,3 % des Bruttonationaleinkommens (BNE). Damit ist Österreich wieder weit vom international vereinbarten Ziel, 0,7 % des BNE zur Verfügung zu stellen, entfernt. Dabei wäre die oft versprochene Erhöhung der Mittel für die *Hilfe vor Ort* oder die im Regierungsprogramm festgeschriebene Erhöhung des AKF anstelle der nunmehr durchgeführten Kürzung in Anbetracht der globalen Herausforderungen ein Gebot der Stunde.

Letztlich geht es darum, Lebensperspektiven für alle Menschen zu ermöglichen. Denn wer eine gute Zukunft für Österreich will, muss die Welt im Blick haben. Auch wir in Österreich können nur in Frieden und Sicherheit leben, wenn die Welt im Gleichgewicht ist und für Gerechtigkeit gesorgt wird. Einer engagierten Entwicklungspolitik als Instrument einer aktiven und zukunftsfähigen Außenpolitik kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Unser Ziel kann nur sein, ein gutes Leben für alle auf einem gesunden Planeten zu ermöglichen – wie es die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, kurz *SDGs*) vorsieht. Sie ist ein Aktionsplan, ein Masterplan für ein gutes Leben für alle und dient als Kompass, der uns den Weg zu einer gerechten Welt weist. Diese historische Chance gilt es zu ergreifen. Es gibt bereits genügend gute

Beispiele erfolgreicher Umsetzung der Agenda 2030. Diese Beispiele machen Mut und zeigen, dass ihre Umsetzung möglich ist. Als AG Globale Verantwortung werden wir uns weiterhin für die Umsetzung einsetzen, damit ein gutes Leben für alle möglich wird. Österreich kann und muss dazu seinen adäquaten Beitrag leisten, im Rahmen seiner Entwicklungspolitik und im Rahmen der Umsetzung der Agenda 2030.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei den engagierten MitarbeiterInnen im Team, im Vorstand, in den Mitgliedsorganisationen und den KooperationspartnerInnen der AG Globale Verantwortung für die 2017 erreichten Erfolge und die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanken.

Inhalt

AG Globale Verantwortung im Fokus.....	5	AG Globale Verantwortung in Aktion	16
AG Globale Verantwortung zum Thema.....	6	Ausgewählte Stellungnahmen und Konsultationen	
Österreichische Entwicklungspolitik		Publikationen	
Nationalratswahlen 2017		Briefe	
Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)		Unterstützte Petitionen und Positionen (eine Auswahl)	
Kampagne 2017: Verschleppen wir sie nicht: unsere Entwicklungsziele		SDG Watch Austria	
Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD)		Bündnis für Gemeinnützigkeit	
Politik der EU		Von der AG Globale Verantwortung (mit-)organisierte Veranstaltungen (eine Auswahl)	
Zukunftspakt mit Afrika			
Humanitäre Hilfe		AG Globale Verantwortung in Zahlen	21
Privatsektor und Entwicklung		Bilanz	
Kooperationen zwischen NGOs und Unternehmen		Gewinn- und Verlustrechnung	
AG Globale Verantwortung in der Öffentlichkeit	11	AG Globale Verantwortung intern	23
Projekte unserer Mitgliedsorganisationen		Mitgliedsorganisationen 2017	
PR & Öffentlichkeitsarbeit		KooperationspartnerInnen der AG Globale Verantwortung	
Soziale Medien		Vorstand	
Elektronischer Newsletter		Team	
4. Humanitärer Kongress 2017: Forced to Flee – Humanity on the Run		Kontakt	
AG Globale Verantwortung in Arbeitsgruppen	14	Abkürzungsverzeichnis	
Arbeitsgruppe Behinderung und Entwicklung (AG B & E)			
Arbeitsgruppe Humanitäre Hilfe (AG HuHi)			
Arbeitsgruppe Kofinanzierung (AG KOFI)			
Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Entwicklung (AG L & E)			
Arbeitsgruppe Migration und Entwicklung (AG M & E)			
Arbeitsgruppe Plattform für Entwicklungspolitische Inlandsarbeit (AG PEPI)			

Impressum

AG Globale Verantwortung
Apollogasse 4/9, 1070 Wien
Tel. 01 / 522 44 22-0
Fax: 01 / 522 44 22-10
office@globaleverantwortung.at
www.globaleverantwortung.at

Fotos, wenn nicht anders
angegeben: AG Globale
Verantwortung
Grafik: Gerda Decker
Druck: Facultas Verlags- und
Buchhandels AG, 1050 Wien

Die AG Globale Verantwortung wurde 2008 gegründet und verfolgt das Ziel, in der österreichischen Entwicklungspolitik, der entwicklungspolitischen Bildung im Inland und der Humanitären Hilfe Verbesserungen zu erreichen. Als Dachverband ist es unsere Aufgabe im Sinne unserer Mitgliedsorganisationen die quantitativen und qualitativen Aspekte von Entwicklungszusammenarbeit (EZA), Humanitärer Hilfe (HuHi) und entwicklungspolitischer Bildung verstärkt in den politischen Diskurs einzubringen.

Als Dachverband vertreten wir die Interessen unserer Mitgliedsorganisationen. In dieser Funktion bauen wir in Österreich als auch auf europäischer Ebene den Dialog mit Politik und Verwaltung kontinuierlich aus. Wir nehmen an Konsultationen teil, beziehen zu entwicklungspolitischen und humanitären Themen Stellung, stehen dem Ministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA), der Austrian Development Agency (ADA) sowie anderen Ministerien und Institutionen als konstruktive Partnerin in entwicklungspolitischen und humanitären Fragen zur Verfügung und bringen die Anliegen unserer Mitgliedsorganisationen ein. Die inhaltliche Arbeit zu speziellen Themen wird in sechs Arbeitsgruppen vertieft.

Zu unseren Agenden zählen u. a. die Erarbeitung fachlicher Stellungnahmen wie beispielsweise zu entwicklungspolitischen Strategien, von Positions- und Argumentationspapieren, der schriftliche und mündliche Dialog mit Politik und Verwaltung, die Durchführung von Veranstaltungen sowie begleitende Öffentlichkeitsarbeit und

anwaltschaftliche Arbeit. Seit 2017 ist die AG Globale Verantwortung Gründungsmitglied des *Bündnis für Gemeinnützigkeit*. Ziel dieses Bündnisses ist, die Gemeinnützigkeit zu stärken und die Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlicher Arbeit zu verbessern. Angesichts der immer stärker werdenden Einschränkungen der Zivilgesellschaft eine immer wichtiger werdende Aufgabe. Im selben Jahr gründete die AG Globale Verantwortung gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Plattform *SDG Watch Austria*. Dem ganzheitlichen Ansatz der UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) entsprechend, haben sich gemeinnützige Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen zusammengefunden, um die Umsetzung der Agenda 2030 voranzubringen.

Schon seit vielen Jahren kooperiert die AG Globale Verantwortung eng mit dem europäischen Dachverband der entwicklungspolitischen Organisationen, CONCORD, und steht in Kontakt mit politischen und administrativen Stellen in Brüssel.

Ein Teil unserer inhaltlichen Arbeit wird im Rahmen eines dreijährigen Programms von der ADA gefördert. Im Jahr 2017, das vom Nationalratswahlkampf dominiert war, standen vor allem die Agenda 2030 und die SDGs im Vordergrund. Im Vorfeld der Nationalratswahlen thematisierten wir vehement die im europäischen Vergleich geringe Finanzierung entwicklungspolitischer Maßnahmen und forderten Erhöhungen der Budgets für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe. Gemeinsam mit unseren 35 Mitgliedsorganisationen setzten wir uns auch 2017 für die Einhaltung internationaler Verpflichtungen und die Wahrung der Menschenrechte ein.



Österreichische Entwicklungspolitik

Wir setzten uns auch 2017 für eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für EZA und Humanitäre Hilfe ein, konkret für die Erreichung des international vereinbarten Ziels, 0,7% des Bruttonational-einkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Österreichs ODA-Quote ist im Jahr 2017 auf beschämende 0,30 % gefallen und ist damit wieder meilenweit vom international vereinbarten 0,7 % Ziel entfernt. Andere Länder, wie Dänemark (0,72 % ODA-Quote) oder Schweden (1,01 % ODA-Quote) sind Österreich meilenweit voraus. Ein verbindlicher Stufenplan, wie Österreich das 0,7 % Ziel erreichen kann, war und ist eine zentrale Forderung der AG Globale Verantwortung. Außerdem bedarf es einer Gesamtstrategie der österreichischen Entwicklungspolitik, die ein auf entwicklungspolitische Ziele, insbesondere auf Armutsbekämpfung abgestimmtes politisches Agieren gewährleistet und die Menschenrechte fördert. In zahlreichen Briefen, Gesprä-

chen, Stellungnahmen und bei der Erarbeitung des neuen Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik 2019–2021 setzten wir uns neben den im Folgenden angeführten Themen auch für die Stärkung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Österreich und die Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Prozesse ein. Aufgrund der vielen humanitären Krisen forderten wir 2017 wieder eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds (AKF).

Nationalratswahlen 2017

Im Vorfeld der Nationalratswahlen veröffentlichten wir Daten und Grafiken zu Österreichs finanziellen Leistungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe im Vergleich zu anderen Ländern, die von Medien aufgegriffen wurden. So wurde einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt, dass Österreich bei der Hilfe vor Ort im Vergleich zu anderen europäischen Ländern massiv hinterherhinkt. Ebenfalls im Vorfeld der Wahlen schlugen wir einen Zukunftspakt mit Afrika

mit konkreten (entwicklungs-) politischen Maßnahmen vor (siehe S. 9), der angesichts der Herausforderungen auf dem Kontinent ein Gebot der Stunde ist. Um den Kampf gegen Hunger und Armut in afrikanischen Ländern voranzutreiben, soll Österreich einen solchen Zukunftspakt mit Afrika initiieren und mit einer zusätzlichen Entwicklungsmilliarde für Afrika (aufgeteilt auf die gesamte Legislaturperiode)

(mit-)finanzieren. Darüber hinaus befragten wir die wahlwerbenden Parteien im Zuge des Wahlkampfs, welche Themen und konkreten Ziele sie in der Entwicklungspolitik, der EZA und der Humanitären Hilfe verfolgen, wie sie internationale finanzielle Verpflichtungen umsetzen oder die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung erreichen wollen.

Nationalratswahlen 2017



Im Zuge der Nationalratswahlen befragten wir wahlwerbende Parteien und bereiteten Fakten zur österreichischen Entwicklungspolitik auf.

Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Die Agenda 2030 und die darin enthaltenen 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung wurden im September 2015 gemeinsam von allen 193 UN-Mitgliedstaaten beschlossen. Darin verpflichten sich alle Staaten Maßnahmen zu setzen, um auf lokaler und globaler Ebene entschieden gegen Armut, Ungleichheit, die Zerstörung der Ökosysteme und der Klimakatastrophe vorzugehen und vermehrt soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit zu fördern. Die Umsetzung in Österreich verlief im Jahr 2017 nach wie vor schleppend. Um die Bundesregierung zu einem engagierteren Handeln zu bewegen, verfasste die AG Globale Verantwortung einen Brief. In diesem wiesen wir auf die Wichtigkeit einer hochrangigen politischen Unterstützung, klarer Zuständigkeiten für die koordinierte Umsetzung der Agenda 2030 und einer übergeordneten Strategie zur Erreichung der SDGs hin. Diese Punkte sowie die historische Chance, die die Umsetzung der Agenda bietet, diskutierten wir in über 100 Gesprächen

mit Abgeordneten zum Nationalrat, PolitikerInnen und *Stakeholdern*. Die Agenda 2030 ist ein Masterplan für ein gutes Leben für alle und kann uns allen als Kompass dienen, der uns zu einer gerechten Welt navigiert. Darüber hinaus engagierten und engagieren wir uns in der von uns 2017 mitbegründeten zivilgesellschaftlichen Plattform *SDG Watch Austria*, die zu einer ambitionierten Umsetzung der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung beitragen möchte (siehe S. 19).

Kampagne 2017: Verschleppen wir sie nicht: unsere Entwicklungsziele

Auch 2017 setzten wir im Rahmen unseres Schwerpunkts, die Umsetzung der Agenda 2030 voranzutreiben, die 2016 begonnenen Gespräche mit Abgeordneten zum Nationalrat und politischen EntscheidungsträgerInnen fort. In diesem Rahmen stellten wir 62 Abgeordneten zum Nationalrat (34 % aller Abgeordneten) die Agenda 2030 und ihr Potenzial vor. Wir wiesen auf die historische Chance hin, die mit einer raschen und engagierten Umsetzung der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung einhergeht: Wir sind die erste Generation,

die Armut endgültig beseitigen und ein gutes Leben für alle ermöglichen kann. Dazu bedarf es aber unter anderem einer Gesamtstrategie, einer jährlichen Berichtspflicht an das Parlament und eines aktiven Engagements der Regierungsspitze. In den Gesprächen stimmten die Abgeordneten diesen Vorschlägen zur ambitionierten Umsetzung der Agenda 2030 fast ausnahmslos zu und sicherten uns ihre Unterstützung im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit zu.



Gespräche mit Abgeordneten zum Nationalrat wurden auch 2017 weitergeführt: insgesamt konnten wir 62 Abgeordneten die Agenda 2030 präsentieren.

AG Globale Verantwortung zum Thema

Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD)



Die AG Globale Verantwortung veröffentlichte im Jahr 2017 die Broschüre *Die Unfaire Milch – Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?* und stellte sie im Haus der EU vor.



Die SDGs werden nur zu erreichen sein, wenn das Konzept von PCSD in Österreich und auf europäischer Ebene umgesetzt wird. Das bedeutet, dass verschiedene Politikfelder entwicklungspolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen nicht entgegenwirken dürfen, sondern sie im Idealfall unterstützen sollen. Allzu oft wird aber leider deutlich, dass PCSD trotz Absichtserklärungen und gesetzlicher Verpflichtungen nur unzureichend eingehalten wird. Anhand eines Beispiels – des Milchsektors in Burkina Faso – diskutierten wir die Frage, inwiefern die österreichische und europäische Agrarpolitik und Entwicklungspolitik im Widerspruch stehen. Tragen die Agrarsubventionen in Österreich zur vorherrschenden Überproduktion von Milch bei? Welche Auswirkungen haben die Exporte von subventioniertem Milchpulver der EU auf das Entwicklungsland Burkina Faso? Wird der Aufbau eines heimischen Milchsektors dadurch erschwert?

Diese Fragen standen im Zentrum der Diskussion und verdeutlichten die Widersprüche zwischen der Agrar- und Entwicklungspolitik. Um diese Widersprüche zu minimieren, formulierten wir konkrete Empfehlungen. Dazu zählen institutionelle Empfehlungen wie die Etablierung einer zentralen Instanz auf höchster politischer Ebene, die klare Festlegung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen in Bezug auf die Umsetzung kohärenter Politiken im Interesse nachhaltiger Entwicklung, sowie agrarpolitische Empfehlungen. Um die Überproduktion von Milch einzudämmen, plädiert die AG Globale Verantwortung beispielsweise dafür, dass die Produktion stärker an die verfügbaren Flächen gebunden wird (boden-gebundene Produktion).

Politik der EU

Die Europäische Union gehört weltweit zu den wichtigsten AkteurInnen der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe. Entwicklungspolitik auf europäischer Ebene wird einerseits von Österreich mitbeeinflusst, andererseits wirken sich entwicklungspolitische Entscheidungen der EU auch auf die österreichische Politik aus. Gemeinsam mit dem europäischen Dachverband CONCORD und dessen Mitgliedsorganisationen erarbeitet die AG Globale Verantwortung Positionen und erstellt Publikationen (z. B. CONCORD Aidwatch Report), welche auf nationaler wie europäischer Ebene eingebracht werden und wurden. Beispielsweise machten wir auf die Gefahren einer Instrumentalisierung von Entwicklungspolitik aufmerksam: Entwicklungspolitik und entwicklungspolitische Maßnahmen haben – wie im Vertrag von Lissabon festgelegt – die Bekämpfung und letztlich die Beseitigung von Armut zum Ziel. Die Abwehr von Menschen, migrationspolitische Maßnahmen oder solche

zur Grenzsicherung oder auch die Ausbildung und Ausrüstung von Streitkräften gehören nicht zu den festgelegten Aufgaben der Entwicklungspolitik und sollten nicht aus den dafür reservierten Mitteln finanziert werden.

Zukunftspakt mit Afrika

Mitte des Jahres 2018 übernimmt Österreich die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Es ist im Interesse Österreichs die Chance der EU-Ratspräsidentschaft zu ergreifen und mit einer außenpolitischen Initiative wesentliche Impulse für unseren Nachbarkontinent Afrika zu setzen. Die AG Globale Verantwortung schlug daher im September 2017 im Hinblick auf die Ratspräsidentschaft einen Zukunftspakt mit Afrika vor. Mit gezielten Maßnahmen zur Armutsminderung, einer fairen Handelspolitik im Sinne der ärmsten Länder dieser Erde, der Unterstützung kleinbäuerlicher und nachhaltiger Landwirtschaft, einem verstärkten Ausbau von Bildungsprojekten und Projekten zur Förderung von Resilienz sollen den Ländern des

afrikanischen Kontinents im Kampf gegen Armut und Hunger Unterstützung angeboten und den Menschen vor Ort Lebensperspektiven ermöglicht werden. Der Pakt sieht in seinem gesamtheitlichen Ansatz aber auch Abkommen für faire Besteuerung und gegen illegale Finanzströme sowie die Förderung von *Good Governance* und die Unterstützung einer freien Zivilgesellschaft vor. Mit einer zusätzlichen Entwicklungsmilliarde in der kommenden Legislaturperiode soll diese Initiative, der Zukunftspakt mit Afrika, im Sinne der Agenda 2030 vorangetrieben werden.

Humanitäre Hilfe

Noch immer steigt der Bedarf an Humanitärer Hilfe weltweit an. Zu den Konflikten, die zunehmen und immer länger dauern, kommen Erdbeben, Überflutungen, Dürrekatastrophen und vieles andere. Mehr als 125 Millionen Menschen sind aktuell auf Humanitäre Hilfe angewiesen. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen setzen wir uns seit Jahren für Verbesserungen in der Humanitären Hilfe Österreichs ein. Denn Österreich zählt auch bei der Humanitären Hilfe im Vergleich zu anderen Ländern zu den Schlusslichtern. Unser zentrales Anliegen ist daher eine adäquate und ausreichende Dotierung der Humanitären Hilfe Österreichs. Als ersten Schritt sehen wir eine sofortige Erhöhung des gekürzten AKF von derzeit 15 Millionen auf 60 Millionen, wie auch im Regierungsprogramm angekündigt, als Gebot der Stunde. Des Weiteren setzten wir uns auch 2017 für eine kohärente – also eine unter den mit humanitären Agenden befassten staatlichen Stellen abgestimmte – Strategie mit klar festgelegten Zielen, Instrumenten

und Abläufen für die Humanitäre Hilfe Österreichs ein. Dazu gehört auch eine vorausschauende und strategische Planung der Mittel des AKF. Wir schlagen daher vor, einen Teil des AKF für akute Krisen und Katastrophen und einen Teil des AKF für chronische, langandauernde Krisen festzulegen. Eine solchermaßen strategische und vorausschauende Planung kann auch dazu beitragen, dass Humanitäre Hilfe neutral, unabhängig und unparteiisch bleibt. Vergabe und Einsatz der Mittel dürfen sich weder nach politischen Interessen richten noch an wirtschaftliche oder sonstige Gegenleistungen gebunden sein.

Privatsektor und Entwicklung

Die AG Globale Verantwortung möchte sicherstellen, dass privatwirtschaftliches Engagement zu Armutsminderung und nachhaltiger Entwicklung beiträgt und soziale und menschenrechtliche Standards eingehalten werden. Die dafür nötigen Rahmenbedingungen thematisierten wir auch 2017 in Gesprächen mit VertreterInnen von ADA und BMEIA. Insbesondere setzten wir uns für eine konstruktive Beteiligung Österreichs am UN-Prozess zur Schaffung eines verbindlichen Abkommens über Transnationale Konzerne und Menschenrechte ein. Ein solches Abkommen bietet die historische Chance, den Schutz von Menschen vor Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne zu verbessern. Gemeinsam mit anderen Organisationen setzten wir uns bei den wahlwerbenden Parteien für ihre Unterstützung ein und starteten eine Petition dazu.

Kooperationen zwischen NGOs und Unternehmen

Gleichzeitig setzte die AG Globale Verantwortung auch 2017 wieder zahlreiche Aktivitäten, um die Zusammenarbeit zwischen entwicklungspolitischen NGOs und Unternehmen in Österreich zu fördern. Durch eine Bündelung der komplementären Stärken beider Partner können *Win-Win-Situationen* entstehen, dafür bedarf es jedoch Gelegenheiten zum Austausch. Zu diesem Zweck organisierten wir beispielsweise einen *Design Thinking Workshop*, bei dem NGOs, Unternehmen und WissenschaftlerInnen gemeinsam nach Lösungen für entwicklungspolitische Problemstellungen suchten und so in einen intensiven Austausch traten. Aus dem Workshop resultierten zwei Kooperationen mit österreichischen Unternehmen. Auch auf Dachverbandsebene setzten wir 2017 den Dialog mit Interessensvertretungen der Wirtschaft (WKO, Handelsverband u. a.) im Rahmen eines *Round Tables* fort. Um die Expertise unserer Mitgliedsorganisationen sichtbar zu machen, nahm die AG Globale Verantwortung an wirt-



schaftsnahen Veranstaltungen (z. B. WKO Forum Wirtschaft & Entwicklung, CSR-Tag 2017) teil. Demselben Zweck dient die Projektlandkarte (siehe S. 11), die das vielseitige Engagement unserer Mitgliedsorganisationen auf der ganzen Welt zeigt.

NGOs, Unternehmen und WissenschaftlerInnen suchten im Rahmen des *Design Thinking Workshops* gemeinsam nach Lösungen für aktuelle Herausforderungen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

AG Globale Verantwortung in der Öffentlichkeit

Projekte unserer Mitgliedsorganisationen



Unsere 35 Mitgliedsorganisationen sind in zahlreichen Ländern dieser Erde aktiv.

Eine interaktive Projektlandkarte (<http://ngoprojects.globaleverantwortung.at>) gibt mit 544 ausgewählten Einzelprojekten einen Überblick über die breite Expertise und geographischen Tätigkeitsbereiche der Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung. Die Landkarte wird laufend aktualisiert und erweitert. 2017 besuchten durchschnittlich 800 Personen pro Woche die Website (*unique visitors*).

PR & Öffentlichkeitsarbeit

Die AG Globale Verantwortung konnte im Jahr 2017 u.a. mit 15 Presseaussendungen, mehreren Interviews und Hintergrundgesprächen insgesamt 70 Medienberichte (Online, Print, Rundfunk und TV) zu Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe generieren und diese damit einer breiteren Öffentlichkeit näher bringen. Wir forderten beispielsweise die Umsetzung der Agenda 2030 durch die österreichische Bundesregierung ein und präsentierten öffentlichkeitswirksam die dazu ins Leben gerufene Plattform *SDG Watch Austria*. Wiederholt wiesen wir darauf hin, dass Österreichs Ausgaben für die Ärmsten der Armen hinter jenen anderer vergleichbarer Länder liegen. Wir kritisierten die beschönigenden Darstellungen der österreichischen ODA-Quote seitens der Regierung. Denn auch die im Jahr 2017 veröffentlichten Zahlen für 2016 wiesen einen hohen Anteil an Betreuungskosten für Flüchtlinge im Inland auf. Mehr als ein Drittel der gesamten ODA machten diese Kosten im Jahr 2016 aus, Geld das nie vor Ort ankommt. Bei der tatsächlichen Hilfe vor Ort konnten

wir hingegen nach wie vor nicht mit vergleichbaren Ländern Schritt halten. Ein Kritikpunkt, den wir auch im Vorfeld der Nationalratswahl thematisierten. Im Rahmen des von uns mitveranstalteten 4. Humanitären Kongresses (siehe S. 12–13) unter dem Motto *Forced to Flee – Humanity on the Run* berichteten wir über humanitäre Krisen, die damit verbundenen Folgen für Menschen und thematisierten Lösungsansätze.

Soziale Medien

Laufende Postings auf der Facebookseite führten zu einer Steigerung (plus 9 %) bei den Zugriffen und Interaktionen auf unserer Facebookseite. Bis Ende 2017 wurde die Seite von 1.250 Personen mit einem „gefällt mir“ markiert.

Auf unserer Website informieren wir laufend über entwicklungspolitische und humanitäre Themen, analysieren nationale wie internationale Debatten und publizieren im Sinne der Transparenz Stellungnahmen und Positionspapiere sowie andere relevante Dokumente.

Elektronischer Newsletter

Mit dem wöchentlich erscheinenden Newsletter informieren wir über 3.700 AbonnentInnen über aktuelle Veranstaltungen, Workshops, Aktionen, offene Stellen und Publikationen aus den Bereichen Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Umwelt und Humanitäre Hilfe.

4. Humanitärer Kongress 2017: Forced to Flee – Humanity on the Run



Volker Türk
(stellvertretender Flüchtlings-
hochkommissar der UNO)

Derzeit sind mehr als 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Rund 80 Prozent der Vertriebenen suchen Schutz in ihrer Heimatregion; von jenen, die diese verlassen, versucht nur ein Bruchteil Europa zu erreichen. Insofern handelt es sich um ein globales Phänomen und eine Herausforderung, die Europa nur am Rande betrifft. Dennoch reagieren die EU-Staaten aus innenpolitischen Gründen mit einer Politik der Abschottung gegenüber Asylsuchenden.

Vor diesem Hintergrund diskutierten internationale und nationale ExpertInnen wie u.a. Volker Türk (stellvertretender Flüchtlingshochkommissar der UNO), Gerald Knaus (Vorsitzender der *Europäische Stabilitätsinitiative e. V., ESI*), Yves Daccord (Generaldirektor des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, IKRK*) oder Alistair Dutton (*Scottish Catholic International Aid Fund, SCIAF*) am 4. Humanitären Kongress in Wien über die Herausforderungen rund um Flucht und

Migration. Unter dem Titel *Forced to Flee – Humanity on the Run* wurden Fluchtgründe ebenso diskutiert wie der aktuelle Rechtsrahmen für Flüchtlinge in Österreich und der EU und deren Konsequenzen, aber auch die EU-Flüchtlingsabkommen mit der Türkei und Libyen waren Teil des Kongresses. 500 TeilnehmerInnen vor Ort und 2.000 UserInnen online verfolgten die anregenden Diskussionen.

Die New Yorker UN-Erklärung zu Flucht und Migration vom September 2016 sowie die mehr als 3.000 individuellen Verpflichtungen, die Regierungen (u. a. auch Österreich), NGOs, Internationale Organisationen, die UNO und weitere Akteure am *World Humanitarian Summit 2016* in Istanbul eingegangen sind, und die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung (inklusive der *Sustainable Development Goals*) bilden wichtige Bezugsrahmen für diese Thematik.



500 TeilnehmerInnen
vor Ort und 2.000 UserInnen
online verfolgten die Debatten



Annelies Vilim
(Geschäftsführerin der
AG Globale Verantwortung)

Die Erkenntnisse und Empfehlungen des 4. Humanitären Kongresses Wien lassen sich in folgende vier Handlungsfelder zusammenfassen:

- Nachhaltige politische Lösungen anstelle kurzfristiger Abschottungspolitik
- Strikte Einhaltung des Humanitären Völkerrechts anstelle Rückfalls in die Barbarei
- Verstärkte Koordination von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit anstelle

Instrumentalisierung dieser zur Abwehr von Menschen
• Stärkung der Zivilgesellschaft als wichtige Partnerin im Sinne eines *Whole-of-Society-Approach*



Fotos: Holly Kellher / Globale Verantwortung



Gerald Knaus
(Vorsitzender der Europäische
Stabilitätsinitiative e. V., ESI)



Fatuma Musa Afrah (Aktivistin)

Am 3. März 2017 fand der 4. Humanitäre Kongress in Wien mit dem Titel: *Forced to Flee – Humanity on the Run* statt.

AG Globale Verantwortung in Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Behinderung und Entwicklung (AG B & E)

Die Arbeitsgruppe arbeitet an verschiedenen Maßnahmen zur Förderung und Auseinandersetzung mit Mainstreaming von Behinderung in den Mitgliedsorganisationen sowie der inklusiven Planung und Implementierung von Projekten und Programmen. Im Jahr 2017 setzte sich die Arbeitsgruppe vor allem dafür ein, internationale Freiwilligeneinsätze inklusiver zu gestalten und damit Menschen mit Behinderungen einzubeziehen. In Zusammenarbeit mit der Organisation *Grenzenlos* initiierte die Arbeitsgruppe das Projekt *Welt-WegWeiser*. In einer Stellungnahme zur Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung in Österreich wies die Arbeitsgruppe auf die Relevanz der SDGs für Menschen mit Behinderung hin und verdeutlichte damit einmal mehr, wie wichtig eine ambitionierte Umsetzung wäre.

Arbeitsgruppe Humanitäre Hilfe (AG HuHi)

Die AG Humanitäre Hilfe setzt sich für eine qualitative und quantitative Verbesserung der staatlichen Humanitären Hilfe Österreichs sowie für eine bessere Koordination zwischen den humanitären staatlichen Akteuren ein. Die Bündelung der Kompetenzen in einer staatlichen Stelle mit Entscheidungsbefugnis sowie eine vorausschauende Planung und transparente Vergabe der Mittel für Humanitäre Hilfe waren auch im Jahr 2017 Schwerpunkte der Arbeitsgruppe. Der Bedarf an Humanitärer Hilfe bleibt unverändert hoch. Deshalb muss gerade bei den sogenannten *protracted crisis* (langanhaltenden Krisen) eine planbare, strategisch ausgerichtete Hilfe sichergestellt werden. Im Vergleich zu anderen vergleichbaren europäischen Ländern ist die Humanitäre Hilfe Österreichs zudem mit sehr bescheidenen Mitteln ausgestattet. Die Forderung und Diskussion über eine Erhöhung der Mittel für die Humanitäre Hilfe Österreichs, im Speziellen die Mittel des AKF, waren daher ein Eckpfeiler der Bemühungen im Jahr 2017.

Zudem plante und organisierte die Arbeitsgruppe den 4. Humanitären Kongress unter dem Motto *Forced to Flee: Humanity on the Run*, der am 3. März 2017 in Wien stattfand (siehe S. 12–13).

Arbeitsgruppe Kofinanzierung (AG KOFI)

Die Arbeitsgruppe KOFI beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Finanzierungsinstrumenten für Projekte der EZA sowie der Förderung des Informationsflusses zwischen Fördergeberinnen und Mitgliedsorganisationen. Durch das seit 2014 geltende EU-Förderprogramm nahmen die Ausschreibungen für NGOs insgesamt ab, die Anforderungen jedoch gleichzeitig zu. Vor allem für kleinere und mittlere europäische NGOs wird es angesichts der steigenden Anforderungen immer schwieriger EU-Förderungen zu erhalten. Die AG KOFI diskutierte die Konsequenzen dieser Änderungen sowie *good practice*-Beispiele im Umgang mit diesen Neuerungen. Mit dem ebenfalls neuen *Logframe* für Anträge möchte die EU die Wirkungsmessung betonen. Eine von der AG Globale Verantwortung und der AG KOFI

organisierte Weiterbildung dazu half den Mitgliedsorganisationen, den neuen Anforderungen gerecht zu werden und die neue Logik für die Projektplanung bestmöglich zu nutzen.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Arbeitsgruppe KOFI stand 2017 jedoch in Kooperation mit der ADA die Planung eines Konsortialprojekts mehrerer Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung zur Methodik *Inklusive Marktsystementwicklung*.

Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Entwicklung (AG L & E)

Die Arbeitsgruppe arbeitet zu landwirtschaftlich relevanten Themen insbesondere im Rahmen der *SDGs* sowie der österreichischen und europäischen Landwirtschafts- und Agrarpolitik aus entwicklungspolitischer Sicht. Das im Frühjahr 2017 veröffentlichte Argumentationspapier *Landwirtschaft und Entwicklung* enthält u.a. Empfehlungen für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union. Im Rahmen der Konsultation der Europäischen Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik brachte die AG Globale Verantwortung auf Basis dieser Empfehlungen Verbesserungen im Bereich PCSD ein und wies auf Widersprüche hin. Im Rahmen des auf Seite 8 erwähnten Beispiels zum Milchsektor in Burkina Faso (siehe Publikation: *Die Unfaire Milch – Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?*) brachte die Arbeitsgruppe ihre Expertise ein und unterstützte die AG Globale Verantwortung nicht zuletzt bei der Recherche.

Arbeitsgruppe Migration & Entwicklung (AG M & E)

Die Arbeitsgruppe Migration und Entwicklung setzt sich mit den vielfältigen Zusammenhängen zwischen Flucht, (erzwungener) Migration und Entwicklung auseinander. 2017 stand dabei die Analyse von Beispielen, wie andere Länder – Uganda, Afghanistan und Armenien – Flüchtlinge in ihre Gesellschaften integrieren, im Zentrum. Des Weiteren begann die Arbeitsgruppe 2017 konkrete positive Beispiele und Projekte dafür zu sammeln, wie entwicklungspolitische Maßnahmen dazu beitragen können, Fluchtursachen zu bekämpfen (und zwar nicht nur jene, die in der Genfer Flüchtlingskonvention abgebildet sind). Ziel ist es zu zeigen, dass sich dort, wo ein menschenwürdiges Leben, soziale und politische Sicherheit gewährleistet sind, weniger Menschen auf den Weg machen müssen und Migration zu einer Möglichkeit unter vielen und nicht zu einer Notwendigkeit wird. Auch die Inhalte und Ansätze des *UN Global Compacts for Migration*, der einen ganzheitlichen Zugang

verfolgt, standen zur Diskussion. Schließlich arbeitete die Arbeitsgruppe an Grundsätzen und Empfehlungen für Projekte, die die Reintegration von RückkehrerInnen oder Binnenvertriebene zum Inhalt haben und aus ODA Mitteln finanziert werden. Zentrale Grundsätze dabei sind u. a. dass mit solchen Projekten ökonomische, soziale und politische Perspektiven für die jeweils Betroffenen vor Ort – und zwar unabhängig davon, ob sie in ein Land zurückkehren oder dort leben – geschaffen werden und Menschenrechte sowie das internationale Völkerrecht strikt eingehalten werden. Letztlich geht es darum, Menschen vor Ort mehr Chancen zu ermöglichen.

Arbeitsgruppe Plattform für Entwicklungspolitische Inlandsarbeit (AG PEPI)

Die Arbeitsgruppe PEPI will die Österreicherinnen und Österreicher, vor allem auch MultiplikatorInnen im Bildungsbereich, für Themen der globalen und nachhaltigen Entwicklung sensibilisieren sowie den Austausch dazu zwischen Mitgliedsorganisationen und *Stakeholdern* fördern. Auch 2017 wurde daher der strukturierte Dialog mit der ADA fortgesetzt. Die Arbeitsgruppe betonte im Rahmen der Erarbeitung des Dreijahresprogramms der Österreichischen Entwicklungspolitik 2019–2021 die Wichtigkeit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und mahnte deren gute Verankerung darin ein. Die zu den *SDGs* erarbeitete Broschüre *17 Ziele für eine bessere Welt* wurde in mehreren Veranstaltungen vorgestellt und u. a. im schulischen Bereich verteilt. 2018 wird die Broschüre im Zuge des EU-Präsidentschaftsprojektes der AG Globale Verantwortung neu aufgelegt.

Aufgrund der politischen Entwicklungen in Österreich, in Europa und anderen Teilen dieser Erde thematisierte die Arbeitsgruppe PEPI im Frühjahr 2017 den voranschreitenden Populismus und die darin liegenden Gefahren. Günther Ogris (SORA) präsentierte im Rahmen einer Veranstaltung mit dem Titel *Populismus und Re-Nationalisierung als Herausforderungen für Entwicklungspolitik* Trends zu Wahlmotiven und politischen Einstellungen der Österreicherinnen und Österreicher. Strategien im Umgang mit diesen Entwicklungen wurden dabei mit SchülerInnen diskutiert.

Ausgewählte Stellungnahmen und Konsultationen

Stellungnahme zum IFI-Beitrags-gesetz 2017

(05/17) Die AG Globale Verantwortung kommentierte gemeinsam mit der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz (KOO) das Bundesgesetz über österreichische Beiträge an Internationale Finanzinstitutionen (IFIs) und ersuchte u. a. um eine kritische Beobachtung der Umsetzung der neuen Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank.

Stellungnahme zum österreichischen Nationalen Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

(12/17) Die AG Globale Verantwortung sprach sich im Rahmen des *Peer Reviews* zum österreichischen Nationalen Kontaktpunkt (NKP) für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen für eine größere Unabhängigkeit und Zugänglichkeit für Menschen, die von der Nicht-Einhaltung der Leitsätze betroffen sein könnten, aus.

DAC Peer Midterm Review

(04/17) Die AG Globale Verantwortung brachte bei einer Konsultation der OECD über die Fortschritte Österreichs bei der Umsetzung der Empfehlungen des DAC Peer Reviews ihre Analyse ein. Zahlreiche der vom Dachverband angesprochenen Punkte, wie etwa die mangelnde langfristige Planung der Mittelzuteilungen oder Anliegen zur Transparenz finden sich im Bericht der OECD wieder.

Konsultation: Modernisierung und Vereinfachung der GAP

(05/2017) Im Rahmen der Konsultation zur Modernisierung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Kommission brachte die AG Globale Verantwortung entwicklungspolitische Anliegen vor allem in Bezug auf eine stärkere Berücksichtigung von Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD) ein.

Konsultation zum Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2019–2021

(laufend 2017) 2017 begann die Erarbeitung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik 2019–2021, dessen Erarbeitung vom BMEIA koordiniert wird. Die AG Globale Verantwortung brachte beispielsweise in Bezug auf die thematischen Schwerpunktsetzungen Vorschläge ein, die teilweise Eingang in die Konzeptpapiere fanden. Das finale Programm soll bis Juni 2018 fertiggestellt sein.

Publikationen



17 Ziele für eine bessere Welt

(01/2017) Die Broschüre von BAOBAB – Globales Lernen wurde in Koope-

ration mit verschiedenen Organisationen herausgegeben, darunter die AG Globale Verantwortung. In der Broschüre werden die globalen Aspekte der Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) aber auch die Herausforderungen für Österreich speziell für SchülerInnen aufbereitet. Beispiele und Diskussionsfragen führen durch die einzelnen Ziele.



CONCORD Aidwatch Report 2017: How to reach the target in time

(10/2017) Jedes Jahr analysiert der

europäische Dachverband CONCORD die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) und zeigt im *Aidwatch*-Bericht, wieviel davon *inflated aid*, also sogenannte Phantomhilfe ist. Dies soll eine langfristige Vergleichbarkeit jener Mittel, die für EZA aufgewendet werden, ermöglichen. Laut dem Bericht ist fast die Hälfte der Österreichischen ODA als *inflated aid* zu bezeichnen.



CONCORD Report 2017: On the Role of the private sector in development

(10/17) Der CONCORD-Bericht

analysiert, was der Privatsektor zur Erreichung der Agenda 2030 beitragen kann und wie die notwendigen Rahmenbedingungen aussehen müssen, damit er dieser Rolle gerecht werden kann. Die AG Globale Verantwortung brachte bei der Erstellung des Reports die österreichischen Erfahrungen und ihre Expertise ein.



Die Unfaire Milch – Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?

(11/17) In dieser Broschüre greift die AG Globale

Verantwortung die Frage auf, ob die österreichische und europäische Agrarpolitik Ziele der Entwicklungspolitik und die Erreichung der SDGs unterstützen oder diese behindern. Im Fokus stehen dabei vor allem die Auswirkungen von Agrarsubventionen im Milchsektor und Milchpulverexporten auf Länder des Globalen Südens. Diese werden am Beispiel Burkina Faso aufgezeigt: In Burkina Faso ist die lokal produzierte Milch gegenüber der aus subventioniertem Milchpulver der EU hergestellten Milch nicht konkurrenzfähig. Die Broschüre schließt mit Empfehlungen an die österreichische Bundesregierung für die Agrarpolitik und für eine bessere Verankerung von Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung auf institutioneller Ebene.

Briefe

(01/2017) **Brief an die Bundesregierung:** 144 Organisationen, darunter die AG Globale Verantwortung, forderten die österreichische Bundesregierung auf, mit der Umsetzung der Agenda 2030 und den darin enthaltenen 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung zu beginnen.

(04/2017) **Brief an Dr. Reinhold Mitterlehner:** Die beiden Dachverbände, AG Globale Verantwortung und KOO, drückten angesichts der (abwertenden) Wortwahl und Aussagen von PolitikerInnen der ÖVP im Zusammenhang mit NGOs und der Zivilgesellschaft ihre Besorgnis aus.

(5/17 und 12/17) **Briefe an Bundesminister Sebastian Kurz**
Vor den beiden EU-Ministerräten für Entwicklung brachte die AG Globale Verantwortung, in enger Abstimmung mit CONCORD, zivilgesellschaftliche Anliegen und Vorschläge wie beispielsweise zur EU-Afrika Partnerschaft ein.

(06/2017) **Brief an Dr. Hesse und Dr. Tichy:** Der Dachverband wies erneut auf die Dringlichkeit eines *Nationalen Aktionsplans Menschenrechte* hin und sprach sich für eine Wiederaufnahme des Prozesses aus.

(07/2017) **Brief an Sektionsleiter aus BKA und BMEIA u. a.:** Die Dachverbände AG Globale Verantwortung, KOO und ÖKOBÜRO forderten anlässlich des *Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung (HLPF)* in New York weitere Schritte zur Umsetzung der Agenda 2030, wie etwa eine Bestandsaufnahme, eine Lückenanalyse und eine Gesamtstrategie Österreichs zur Umsetzung der Agenda 2030.

Briefe an Bundesminister Sebastian Kurz

(09/17 und 11/17) In Kooperation mit weiteren Organisationen setzte sich die AG Globale Verantwortung für eine konstruktive Beteiligung Österreichs am UN-Prozess zur Erarbeitung eines rechtsverbindlichen, menschenrechtlichen Instruments zur Regulierung von Aktivitäten transnationaler Konzerne ein.

Brief an AïB-Executive Director Nikolai Putscher

(11/17) In einem Brief an das für Österreich zuständige Mitglied im Vorstand der *Asian Infrastructure Investment Bank (AïB)* empfahlen AG Globale Verantwortung und KOO u. a. für alle Länder einheitlich gültige Umwelt- und Sozialrichtlinien und eine transparente Informationspolitik.

Unterstützte Petitionen und Positionen (eine Auswahl)

Stopp der Steuerflucht

(06/2017) Mit dem Panama-Steuer-oasen-Skandal (*Panama Papers*) gelangten im April 2016 zahlreiche Fälle von Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche ans Licht der Öffentlichkeit. Laut einer Studie des EU Parlaments soll sich der Schaden, der durch die *Panama Papers* aufgedeckt wurde, auf bis zu 237 Milliarden Euro belaufen. Noch im Jahr 2017 wollten die Abgeordneten des EU-Parlaments einen Bericht mit Maßnahmen verabschieden, wie aggressiven Steuervermeidungskonstruktionen von Konzernen und Superreichen ein Ende gesetzt werden kann. Die Plattform *No Tax Havens-Weg mit Steueroasen* rief daher zu einer Petition auf, die die AG Globale Verantwortung unterstützte.

High Level Meeting des OECD-DAC 2017

(10/2017) In einer gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Position anlässlich des *High Level Meeting des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit* (OECD-DAC) erklärten 38 Organisationen gemeinsam ihre Standpunkte zu den geplanten Änderungen bei der Berechnung der ODA. Dabei werden unter anderem die Themen Privatsektoringstrumente, Anrechenbarkeit von Flüchtlingskosten im Inland sowie Transparenz behandelt.

COP23 Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit

(11/2017) Die Allianz für Klimagerechtigkeit – eine Plattform von 25 Umwelt-, Sozial-, Entwicklungs- und kirchlichen Organisationen – forderte anlässlich der 23. Klimakonferenz in Bonn mehr Einsatz der Bundesregierung beim Klimaschutz und bei der Unterstützung von Entwicklungsländern für die Anpassung an den Klimawandel.

Forderung nach starken Umwelt- und Sozialstandards auch für Finanzintermediäre

(12/17) Im Rahmen einer Konsultation der Weltbank unterstützte die AG Globale Verantwortung eine zivilgesellschaftliche Stellungnahme zum Umwelt- und Sozialstandard 9 der Weltbank, die v. a. auf die Risiken bei der Einhaltung durch Finanzintermediäre aufmerksam machte.

SDG Watch Austria



© Nina Oberleitner, Okobüro

Am 27.9.2017 stellte sich die Plattform *SDG Watch Austria* bestehend aus über 80 zivilgesellschaftlichen Organisationen der Öffentlichkeit vor.

Am 27. September 2017 schlossen sich über 80 zivilgesellschaftliche Organisationen aus verschiedenen Bereichen zusammen, um sich für die Umsetzung der Agenda 2030 und der darin enthaltenen Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) einzusetzen. Die AG Globale Verantwortung fungierte als eines der Gründungsmitglieder. Zwei Jahre nach der Unterzeichnung der Agenda durch Österreich stellen sich diese Organisationen gemeinsam hinter die 17 UN-Ziele und

deren ambitionierte Verwirklichung in Österreich. Sie wählten den Jahrestag der Rede von Bundespräsident a. D. Heinz Fischer anlässlich der Unterzeichnung der Agenda in New York, um mit der Plattform an die Öffentlichkeit zu treten. Bereits ein Monat nach Gründung waren über 100 Organisationen aus ganz Österreich Mitglied der Plattform.

Bündnis für Gemeinnützigkeit



VertreterInnen von 14 Verbänden und Netzwerken mit mehr als tausend gemeinnützigen Mitgliedsorganisationen stellten im Frühjahr 2017 das von ihnen gegründete *Bündnis für Gemeinnützigkeit* der Öffentlichkeit vor.

VertreterInnen von 14 Verbänden und Netzwerken, darunter die AG Globale Verantwortung, mit in Summe mehr als tausend gemeinnützigen Mitgliedsorganisationen stellten im Frühjahr 2017 das *Bündnis für Gemeinnützigkeit* vor. Ziel des Zusammenschlusses von Dachorganisationen aus verschiedenen Bereichen wie soziale Wohlfahrt, Beschäftigung, Kultur, Inklusion, Umwelt und Entwicklungspolitik war und ist es, mit Politik und Verwaltung in einen

Dialog zu treten, um gemeinsam tragfähige Lösungen für die vielen gesellschaftlichen Herausforderungen zu finden sowie diese mitzugestalten. Das Bündnis will gemeinnützige Organisationen in der Gesellschaft sichtbar machen und die Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlicher Arbeit stärken.

Von der AG Globale Verantwortung (mit-)organisierte Veranstaltungen (eine Auswahl)

Peer-Learning Workshop zu Unternehmenskooperationen

(04/17) Bei diesem *Peer-Learning Event* teilten *Oxfam UK* und *Don Bosco Mondo* ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Unternehmen mit Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung.

Weiterbildung zu Theory of Change

(05/17) Die gemeinsam mit der ADA organisierte Weiterbildung bot Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung einen Überblick über Methoden und Aufbau einer *Theory of Change* sowie konkrete Anwendungsbeispiele.

Podiumsdiskussion: *How can we achieve the SDGs?*

(06/2017) Auf einer von Ökobüro, dem EU-Umweltbüro und der AG Globale Verantwortung organisierten Konferenz präsentierten und diskutierten ReferentInnen aus Deutschland, Finnland, Tschechien sowie dem österreichischen Außenministerium und Bundeskanzleramt ihre unterschiedlichen Zugänge der Umsetzung der

Agenda 2030 und zeigten verschiedene Möglichkeiten und Wege zur Erreichung der SDGs auf.

Design Thinking Workshop für NGOs und Unternehmen

(06/17) Während des Workshops entwickelten Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung gemeinsam mit Unternehmen und WissenschaftlerInnen Lösungsansätze für aktuelle Herausforderungen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Aufbauend auf dem intensiven Austausch entstanden Kooperationen zwischen den TeilnehmerInnen.

Round Table zur Förderung des Dialogs zwischen NGOs und Unternehmen

(07/17) Die AG Globale Verantwortung lud ADA, WKO, OeEB und den Österreichischen Handelsverband dazu ein, gemeinsam zu reflektieren, wie der Dialog zwischen NGOs und Unternehmen in Österreich weiter gefördert und der Weg für Kooperationen geebnet werden kann.

Lesung und Diskussion *Wie können wir Fluchtursachen bekämpfen?*

(09/2017) Anlässlich der Nationalratswahlen stellte die AG Globale Verantwortung die Veranstaltung im Rahmen des *Langen Tags der Flucht* in einen politischen Kontext. Es diskutierten Livia Klingl (Journalistin, Publizistin), Nurten Yilmaz (Abg. z. NR, SPO), Alev Korun (Abg. z. NR, Die Grünen), Christoph Wiederkehr (Abg. z. LT, Neos), Livia Klingl und Annelies Vilim gemeinsam mit dem Publikum Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen, die Rolle der Entwicklungspolitik dabei sowie Migrations- und Außenpolitik im Allgemeinen.

CSR-Tag 2017

(10/17) Im Rahmen des von respACT veranstalteten CSR-Tags 2017 gestaltete die AG Globale Verantwortung einen Workshop zum Thema *Tool Kit 4 Partnerships – jetzt geht's ans Umsetzen!* Unter anderem wurden Erfolgsfaktoren für Partnerschaften zwischen NGOs und Unternehmen diskutiert.

Weiterbildung zum Datenschutz

(11/17) Die von der AG Globale Verantwortung organisierte Weiterbildung bot eine Einführung in die Grundlagen des Datenschutz- und Telekommunikationsrechts.

Podiumsdiskussion *Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?*

(11/2017) Der Dachverband lud zu einer Podiumsdiskussion, um die Auswirkungen der österreichischen und europäischen Agrarpolitik auf die ländliche Entwicklung in Entwicklungsländern wie Burkina Faso zu diskutieren (siehe S. 8). Es diskutierten: Erwin Schöpges (Vorstandsmitglied im *European Milk Board*, Milchbauer in Belgien), Marcus Kucera (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Norbert Probst (Europäische Kommission) und Tobias Reichert (*Germanwatch*).

AG Globale Verantwortung in Zahlen

AKTIVA		
	31.Dez. 16	31.Dez. 17
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	40	2.318
II. Finanzanlagen	0	0
	40	2.318
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	21.932	5.118
II. Kassabestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstitut		
1. Bankguthaben	230.182	227.230
2. Kassabestand	122	144
	252.236	232.491
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
1. Aktive Rechnungsabgrenzung	222	148
	222	148
Summe AKTIVA	252.498	234.958

PASSIVA		
	31.Dez. 16	31.Dez. 17
A. Vereinsvermögen		
I. Vereinskaptal	31.769	31.769
II. Gewinnrücklagen		
1. Rücklage für statutarische Zwecke	39.593	39.593
2. Rücklage für Humanitärer Kongress	12.052	7.826
III. Bilanzgewinn	23.283	30.307
	106.696	109.494
B. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	15.746	15.810
	15.746	15.810
C. Verbindlichkeiten		
1. Sonstige Verbindlichkeiten	14.886	16.798
	14.886	16.798
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
1. Passive Rechnungsabgrenzung	115.169	92.855
	115.169	92.855
Summe PASSIVA	252.498	234.958

AG Globale Verantwortung in Zahlen

**Globale
Verantwortung**
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Gewinn- und Verlustrechnung 2017		
	2016	2017
Erträge		
Eigenmittel		
Mitgliedsbeiträge	251.797	273.366
Öffentliche Gelder Inland	153.818	147.064
Finanzierung Humanitärer Kongress	20.234	40.314
Sonstige Einnahmen	5.005	2.400
Erlöse weiterverrechnete Kosten	578	600
Summe Erträge	431.433	463.744
Aufwendungen		
Projektaufwand		
Mitglieds- und Programmbeiträge	-8.555	-8.648
Veranstaltungen und Publikationen	-15.901	-33.266
Öffentlichkeitsarbeit	-11.305	-10.302
Reise- und Transportkosten	-6.758	-16.206
Aufwand weiterverrechnete Kosten	-578	-600
	-43.098	-69.022
Personalaufwand		
Gehälter inkl. Lohnnebenkosten	-328.320	-350.968
Veränderung Urlaubs-/Mehrstundentrückstellungen	-5.670	1.769
	-333.990	-349.199
Abschreibungen		
Abschreibungen Sachanlagen, Mietprovision	-1.702	-456
Geringwertige Wirtschaftsgüter	-308	-943
	-2.011	-1.399
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Miet- und Betriebsaufwand	-19.339	-20.853
Büroaufwand (Telefon/Internet, Büromaterial, Kopien)	-6.229	-11.060
EDV (Betreuung, Gebühren)	-16.645	-5.886
Prüfungs-/ Beratungsaufwand	-3.287	-2.760
Werberichtigung/Schadensfälle	-202	-236
Versicherungsaufwand	-148	-148
	-45.850	-40.944
Summe Aufwand	-424.949	-460.564
BETRIEBSERFOLG	6.484	3.180
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	257	218
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-580	-600
FINANZSERFOLG	-323	-382
JAHRESÜBERSCHUSS	6.161	2.798
Rücklagen HUKO	0	4.226
JAHRESÜBERSCHUSS nach Auflösung von Rücklagen	6.161	7.024
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	17.122	23.283
BILANZGEWINN	23.283	30.307

Mitgliedsorganisationen 2017

- | | |
|---|---|
| 1 ADRA Österreich – Adventist Development and Relief Agency | 19 Menschen für Menschen – Karlheinz Böhm's Äthiopienhilfe |
| 2 ASBÖ Arbeiter-Samariter-Bund Österreich | 20 Oikocredit Österreich |
| 3 CARE Österreich | 21 Oikodrom – The Vienna Institute for Urban Sustainability* |
| 4 Caritas Österreich | 22 Österreichisches Rotes Kreuz |
| 5 CONCORDIA Sozialprojekte | 23 SID Society for International Development* |
| 6 Diakonie Auslandshilfe | 24 SOL – Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil* |
| 7 Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar | 25 SOS-Kinderdorf Österreich |
| 8 Fairtrade Österreich | 26 Südwind |
| 9 Hilfswerk Austria International | 27 Tierärzte ohne Grenzen* |
| 10 HOPE'87 | 28 VIDC – Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit |
| 11 HORIZONT3000 | 29 Volkshilfe Solidarität |
| 12 ICEP Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten | 30 voluntaris – weltweit erfahrung.teilen* |
| 13 IUFU Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung* | 31 Welthaus Diözese Graz-Seckau |
| 14 JUGEND EINE WELT – Don Bosco Aktion Österreich | 32 Welthaus Linz |
| 15 Interkulturelles Zentrum | 33 Welthaus Wien* |
| 16 kfb Katholische Frauenbewegung Österreich | 34 WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und Feministische Perspektiven* |
| 17 Klimabündnis Österreich | 35 World Vision Österreich |
| 18 LICHT FÜR DIE WELT | |

Mit * gekennzeichnete Organisationen sind assoziierte Mitglieder.

KooperationspartnerInnen der AG Globale Verantwortung

- KOO – Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz
ÖFSE – Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung

AG Globale Verantwortung intern

Vorstand

Vorstandsmitglieder der Periode 2016–2017

MMag.^a Helene Unterguggenberger/Caritas (Vorsitzende)
Mag. Erwin Eder/HORIZONT3000 (Stv. Vorsitzender)
Mag. Herwig Adam/Südwind (Finanzverantwortlicher)
MMag. Daniel Bacher, DKA
MMag.^a Cornelia Barger/kfb
Mag. Stefan Fritz, HWA
Mag. Walter Hajek/ÖRK (ab 12/2016)
Mag. Harald Maier/CARE
Mag. Daniel Streit, World Vision
Werner Raza/ÖSFE (kooptiertes nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Team der AG Globale Verantwortung

Mag.^a Annelies Vilim, Geschäftsführerin
Romana Bartl (bis 07/2017),
Mag. Wolfgang Marks (ab 08/2017), Öffentlichkeitsarbeit
Roland Bauer, Kampagnenleitung
Mag.^a Heidi Götsch, Fachreferentin für Finanzen, Personal & Administration
Klara Krgovic, Assistentin, entwicklungspolitisches Referat
Mag. Jakob Mussil, Fachreferent für Entwicklungspolitik
MMag.^a Ilona Reindl, Projektleiterin Kooperationen NGOs/Unternehmen
Mag.^a Sophie Veßel (ab 08/2017),
Mag. Wolfgang Marks (bis 08/2017), FachreferentIn für Entwicklungspolitik
Dipl.-Betriebsw. (FH) Monika Stumpf-Hulsroj, Projektkoordinatorin Humanitärer Kongress

Kontakt:

AG Globale Verantwortung
Apollogasse 4/9
1070 Wien
office@globaleverantwortung.at
www.globaleverantwortung.at
Tel: (01) 522 44 22-0

Abkürzungsverzeichnis

ADA.....Austrian Development Agency
AKF.....Auslandskatastrophenfonds
BMEIA.....Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BNE.....Bruttonationaleinkommen
CONCORD.....European Confederation of Relief and Development NGOs
CSR.....Corporate Social Responsibility
ESI.....Europäische Stabilitätsinitiative e. V.
EZA.....Entwicklungszusammenarbeit
HLPF.....High Level Political Forum
HuHi.....Humanitäre Hilfe
IFIs.....Internationale Finanzinstitutionen
IKRK.....Internationale Komitee vom Roten Kreuz
KOO.....Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission
LDCs.....Least Developed Countries
NGO.....Non-Governmental Organisation
NKP.....Nationaler Kontaktpunkt
NR.....Nationalrat
ODA.....Official Development Assistance
OECD.....Organisation for Economic Cooperation and Development
OeEB.....Österreichische Entwicklungsbank
OEZA.....Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

ÖFSE.....Österreichische Forschungsförderung für internationale Entwicklung
PCSD.....Policy Coherence for Sustainable Development
SCIAF.....Scottish Catholic International Aid Fund
SDGs.....Sustainable Development Goals
UNHCR.....United Nations High Commissioner for Human Rights
UNO.....United Nations Organisation
WKO.....Wirtschaftskammer Österreich

Veranstaltungen der AG Globale Verantwortung (eine Auswahl)



*Peer Learning Event
zu Kooperationen von
Unternehmen und NGOs.*



*Weiterbildung zu
Theory of Change*



*Podiumsdiskussion zur
Umsetzung der Agenda
2030 und ihrer 17 Ziele für
Nachhaltige Entwicklung.*



4. Humanitärer Kongress 2017: „Forced to Flee – Humanity on the Run“